

EU-Nachrichten

KURZ & KNAPP

ACTA: 3
Abkommen gegen Produktpiraterie

EU-Stiftungen: 3
Einheitliche Rechtsform in allen Mitgliedstaaten

IM FOKUS

Berlinale 2012: 4
EU-Förderprogramm MEDIA unterstützt Filmbranche

Kohäsionspolitik: 6
Für Wachstum in den Regionen

DEUTSCHE BÖRSE/NYSE

EU-Kommission stoppt Fusionspläne

Die EU-Kommission hat die Fusion von Deutscher Börse und NYSE Euronext gestoppt. Die Kommission war zu der Einschätzung gelangt, dass der Zusammenschluss den Wettbewerb erheblich behindert. Es wäre zu einer marktbeherrschenden Stellung im Derivatehandel gekommen.

„Der Zusammenschluss hätte auf dem Markt für europäische Finanzderivate weltweit zu einer monopolartigen Stellung geführt. Da diese Märkte den Mittelpunkt des Finanzsystems bilden, ist es für die gesamte europäische Wirtschaft sehr wichtig, dass sie wettbewerbsfähig bleiben“, sagte der zuständige Kommissions-Vizepräsident Joaquín Almunia.

<http://europa.eu/rapid/pressReleaseAction.do?reference=IP/12/94&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Schulabgänger sollen innerhalb von vier Monaten eine Ausbildung beginnen können

EU-Kommission will Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Pakt für mehr Wachstum

Nicht nur durch Sparen, sondern auch mit mehr Wachstum und Beschäftigung will die Europäische Union die Schuldenkrise bekämpfen. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit soll mit einem von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso vorgelegten „Pakt für mehr Beschäftigung und Wirtschaftswachstum“ angegangen werden. Barroso setzte damit seine Vorschläge vom informellen EU-Gipfel in der vergangenen Woche direkt um und forderte die acht Staaten mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit auf, unverzüglich zu handeln.

Zudem beschlossen die Staats- und Regierungschefs, 82 Milliarden Euro der in der laufenden Haushaltsperiode nicht ausgeschöpften Fördermittel aus den Fonds für Strukturförderung, Regionalentwicklung und Soziales umzuwidmen, etwa um Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen bereitzustellen. „Wir müssen mehr tun, um Europa aus der Krise zu holen“, heißt es in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs.

Acht Länder – Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Lettland, Litauen, Portugal und die Slowakei – haben eine Jugendarbeitslosigkeit von 30 Prozent und mehr. Es müsse sichergestellt werden, dass Schulabgänger innerhalb von vier Monaten entweder einen

Ausbildungsplatz haben oder ein Studium oder eine Fortbildung beginnen, sagte Barroso und fügte hinzu: „Der nächste Gipfel im März wird dazu ganz klar die Weichen stellen.“ In jedem Land sollen Aktionsteams aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der nationalen Sozialpartner und der EU-Kommission gebildet werden, um bis Mitte April Pläne zum Abbau der Arbeitslosigkeit vorzulegen. Auch sollen sie Vorschläge machen, wie die noch nicht ausgegebenen 22 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds genutzt werden könnten. Bereits Mitte Februar sollen die Vertreter der Kommission in die entsprechenden Staaten reisen.

(Artikel weiterlesen auf Seite 2)

(Fortsetzung)

Im Dezember hatte die Kommission bereits eine Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit gestartet und die Mitgliedstaaten aufgerufen, unter anderem frühzeitige Schulabgänge zu verhindern, jungen Menschen eine innerbetriebliche Ausbildung zu ermöglichen sowie sie bei der Suche nach einem ersten guten Arbeitsplatz zu unterstützen.

Mehr Hilfen für KMU

Das Wirtschaftswachstum soll gefördert werden, indem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mehr Unterstützung erhalten. Die rund 23 Millionen KMU der EU mit ihren über 100 Millionen Beschäftigten stehen für 67 Prozent aller Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft und für 80 Prozent aller neu geschaffenen Arbeitsplätze. So soll unter anderem geprüft werden, ob das Kapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus dem EU-Haushalt erhöht werden kann, damit sie mehr Kredite vergeben kann. Zudem müsse der EU-Binnenmarkt endlich vervollständigt werden, heißt es in der Gipfelerklärung. Die Binnenmarktakte, der digitale Binnenmarkt und der Abbau des Verwaltungsaufwands für KMU hätten hierbei Priorität.

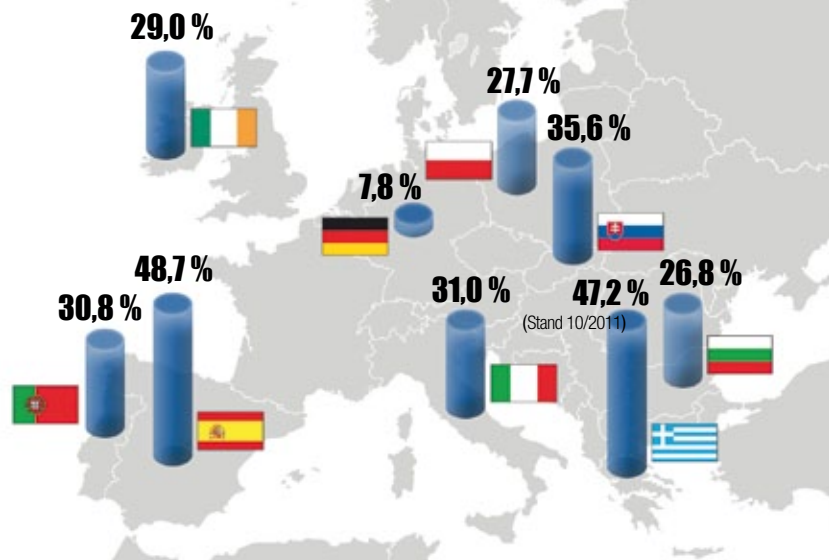
Fiskalpakt besiegelt

25 der 27 Länder der Europäischen Union haben auf dem informellen EU-Gipfel dem Fiskalpakt zugestimmt. Damit sollen die Finanzlage und die Wett-

Etwa 115 Millionen Menschen, sprich 23,4 Prozent der Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten, waren 2010 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. 27 Prozent von ihnen sind unter 18 Jahre alt. Die Betroffenen fallen in mindestens eine der folgenden Kategorien: armutsgefährdet, materiell stark benachteiligt oder wohnhaft in Haushalten mit sehr geringer Erwerbstätigkeit. Die Reduzierung der Zahl der Menschen, die in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet sind, ist eines der Hauptziele der Europa 2020-Strategie. Die meisten Menschen, die 2010 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht waren, lebten in Bulgarien (42%), Rumänien (41%), Lettland (38%), Litauen (33%) und Ungarn (30%).

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA

Im Dezember 2011 waren in der EU27 insgesamt 5,493 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,29 Millionen im Euroraum. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Deutschland (7,8%), Österreich (8,2%) und die Niederlande (8,6%), die höchsten Quoten Spanien (48,7%), Griechenland (47,2% im Oktober 2011) und die Slowakei (35,6%)



Quelle: eurostat

bewerbsfähigkeit der Länder verbessert und das Ansehen der Gemeinschaftswährung wiederhergestellt werden.

Barroso begrüßt schnelle Einigung

Kommissionspräsident Barroso begrüßte die schnelle Einigung: „Ich freue mich darüber, dass wir so schnell zu einer Einigung über den Fiskalpakt gekommen sind. Die Kommission hat erfolgreich einige Prinzipien verteidigt. Es wurden keine neuen Institutionen geschaffen. Die Kommission spielt bei der Umsetzung der Vertragsziele eine zentrale Rolle, und zwar im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon und der Gemeinschaftsmethode.“

Mit dem Vertrag verpflichten sich die Unterzeichnerländer, striktere Regeln zur Haushaltsdisziplin zu befolgen als in den EU-Verträgen vereinbart. Die Grenze für das strukturelle Defizit wird zum Beispiel auf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgelegt. Tschechien und Großbritannien schlossen sich dem Abkommen nicht an.

In den 25 EU-Staaten sollen zudem verpflichtende Schuldenbremsen in nationalem Recht verankert werden. Der Europäische Gerichtshof wird ermächtigt, Sanktionen gegen Staaten verhängen zu dürfen, wenn bereits abgemahnte Staaten ihre Haushaltsdisziplin hartnäckig vernachlässigen. „Wenn der Gerichtshof befindet, dass der betroffene Vertragsstaat sich nicht seiner Rechtsprechung beugt, kann er eine Einmal- oder Strafzahlung verhängen, die 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreitet“, heißt es im Paktdokument.

Der Vertrag über den Fiskalpakt soll im März unterzeichnet werden und in Kraft treten, sobald zwölf Vertragsparteien ihre Ratifizierungsurkunden hinterlegt haben, spätestens aber im Januar 2013. (ste/sas/aka)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/57&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Abkommen gegen Produktpiraterie:

Jedes Jahr acht Milliarden Euro Schaden durch Fälschungen

Das internationale Urheberschutzabkommen ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) soll den Schutz geistigen Eigentums und der Urheberrechte im Internet voranbringen. Den EU-Staaten entsteht durch Produktfälschungen, die den europäischen Markt überschwemmen, jedes Jahr ein Schaden von über acht Milliarden Euro. Beispiel: Die Urheberrechte eines Autors an seinem Buch werden außerhalb der EU verletzt, oder ein Modeunternehmen stößt auf Fälschungen der von ihm verkauften Kleidung. Im ACTA werden einheitliche Regeln festgelegt, wie die Geschädigten in einem solchen Fall reagieren können.

Die Kommission hat klargestellt, dass es nicht um die Kontrolle oder Überwachung privater Internetkommunikation geht. ACTA bringe keine Änderung des bestehenden EU-Rechts mit sich. Das Abkommen war jetzt von den EU-Regierun-

gen zur Unterschrift freigegeben worden. Ein Unterzeichnungstermin steht noch nicht fest. Vor- und Nachteile des Abkommens will das Europäische Parlament am 1. März in einem öffentlichen Workshop diskutieren. ACTA-Vertragspartner sind die EU, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, die Schweiz, Japan, Südkorea, Singapur, Mexiko und Marokko.



<http://ec.europa.eu/trade/creating-opportunities/trade-topics/intellectual-property/anti-counterfeiting/>

EU-Innovationsranking: Deutschland gehört zu den vier Spitzenreitern

Obwohl fast alle EU-Staaten ihre Innovationsleistungen verbessern konnten, muss der Rückstand zu den USA, Japan und Südkorea noch weiter aufgeholt werden. Das geht aus dem von der EU-Kommission veröffentlichten Innovationsranking 2011 hervor. Es zeigt auch eine deutliche Kluft in der EU hinter den Spitzenreitern des Rankings – Schweden, Dänemark, Deutschland und Finnland.



Forschungskommissarin Maire Geoghegan-Quinn appellierte an die Mitgliedstaaten, für Innovationen fördernde Rahmenbedingungen zu sorgen und etwa Unternehmensgründungen oder den Neuanfang nach einer Unternehmensinsolvenz zu erleichtern, Steueranreize zu set-

zen und geeignete Ausbildungsplätze zu schaffen. Allerdings werde dies allein nicht ausreichen, wenn die EU nicht in der Lage sei, Spitzenforschern und jungen Wissenschaftlern attraktive Bedingungen zu bieten. „Die diesjährigen Ergebnisse sind ein deutliches Warnsignal dafür, dass wir mehr Anstrengungen zur Förderung der Innovation unternehmen müssen“, sagte Industriekommissar Antonio Tajani.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/102&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Einheitliche Rechtsform: EU-Statut als Gütesiegel für gemeinnützige Stiftungen

Grenzüberschreitend tätige gemeinnützige Stiftungen sollen künftig das Geld für Verwaltungskosten sparen können. Die EU-Kommission hat ein Statut für Europäische Stiftungen vorgeschlagen, um in allen Mitgliedstaaten eine einheitliche Rechtsform zu schaffen. Die EU-Stiftung soll optional zu inländischen Stiftungen bestehen. Das Statut können dem Vorschlag zufolge Stiftungen beantragen, die ihre Gemeinnützigkeit nachweisen, in mindestens zwei Mitgliedstaaten tätig sind und ein Kapital von mindestens 25.000 Euro haben.

Hat sich eine Stiftung in einem Mitgliedstaat als Europäische Stiftung registrieren lassen, wird diese Rechtspersönlichkeit automatisch in allen anderen EU-Staaten anerkannt. „Wir müssen die wertvolle Arbeit, die Stiftungen für europäische Bürger leisten, unterstützen und fördern“, sagte Binnenmarktkommissar Michel Barnier.

Das EU-Statut werde als europäisches „Gütesiegel“ darüber hinaus dabei helfen, die Tätigkeit der Stiftungen besser bekannt zu machen und ihnen zu mehr finanzieller Unterstützung verhelfen, zeigte sich Barnier überzeugt.

Steuerlich sollen Europäische Stiftungen dem Vorschlag zufolge genauso behandelt werden wie inländische Stiftungen, und Spender sollen die gleichen Steuervorteile geltend machen können, wie bei Zuwendungen an eine Stiftung mit Sitz in ihrem eigenen Mitgliedstaat. Das EU-Statut für Stiftungen kann nur umgesetzt werden, wenn alle Mitgliedstaaten der vorgeschlagenen Verordnung zustimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/112&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

MEDIA fördert rund 300 Filme pro Jahr

Berlinale profitiert von EU-Medienprogramm

„MEDIA rollt den roten Teppich aus“, verheißt der aktuelle Slogan des EU-Medienförderprogramms. Kein leeres Versprechen, wie ein Blick in das Programmheft der 62. Internationalen Filmfestspiele Berlin zeigt.

Dass es viele Filmstoffe bis auf die Berlinale-Leinwand geschafft haben, ist auch dem EU-Medienförderprogramm MEDIA zu verdanken. Von 23 Filmen, die sich vom 9. bis 19. Februar im Wettbewerb präsentieren, wurden sieben von der EU gefördert. Insgesamt 18 europäische Filme laufen mit der Unterstützung von MEDIA in Berlin. Internationale Stars wie Teenie-Schwarm Robert Pattinson, die britische Filmikone Charlotte Rampling und die französische Oscar-Preisträgerin Juliette Binoche werden auf der Berlinale sein. Deutsche Filmemacher sind mit der Dokumentation „Man for a Day“ und weiteren vier Filmen als Koproduzenten vertreten.

Talentschau und Branchentreff

Im Rahmen der Berlinale werden mit der Förderung von MEDIA zudem zahlreiche Branchentreffs und Talentinitiativen organisiert. Über 100 Filmschaffende aus allen Bereichen treffen sich etwa beim „MEDIA-Umbrella“ auf dem European Film Market, um ihre Projekte zu prä-



Sieben von 23 Filmen, die im Wettbewerb auf der Berlinale laufen, wurden von der EU gefördert

sentieren. Die Kontaktbörse für Produzenten „Share-your-Slate“ ist vom 11. bis 15. Februar auch dieses Jahr fester Bestandteil der MEDIA-Festivalaktivitäten. In den fünf Tagen finden 150 Treffen zwischen europäischen Produzenten statt. 33 Unternehmen aus 20 Ländern nehmen teil – ein neuer Rekord.

Darüber hinaus ermöglicht die Talentinitiative „Shooting Stars 2012“ zehn europäischen Nachwuchstalenten, sich einem internationalen Publikum vorzustellen. Unter den „Shooting Stars“ ist dieses Jahr auch die deutsche Schauspielerin Anna Maria Muehe. Allen, die noch nicht so weit sind, gibt der „Berlinale Talent Campus“ vom 10. bis 16. Februar mit zahlreichen Workshops Starthilfe.

Seit 20 Jahren unterstützt die EU mit MEDIA zielgerichtet die europäische Filmindustrie. Im Schnitt werden 300 europäische Filme pro Jahr von MEDIA in die Kinosäle Europas gebracht. Das Budget für den Zeitraum 2007 bis 2013 beträgt über 755 Millionen Euro. MEDIA fördert dabei nicht die eigentliche Produktionsphase eines Films, sondern konzentriert sich auf Bereiche, die der Produktion vor- bzw. nachgelagert sind: Aus- und Fortbildung, Projektentwicklung, Verleih und Vertrieb sowie Promotion. Der Verleih und Vertrieb europäischer Filme hat dabei oberste Priorität.

An diese Erfolgsgeschichte soll ab 2014 ein neues, finanzstärkeres Programm mit dem vielversprechenden Namen „Kreatives Europa“ (siehe Infokasten) anknüpfen: „Diese Investition wird Tausenden Fachkräften in der Kultur- und audiovisuellen Branche helfen, den Binnenmarkt optimal zu nutzen und neue



Publikumsschichten in Europa und darüber hinaus anzusprechen. Ohne diese Unterstützung wäre es schwierig oder sogar unmöglich für sie, in neue Märkte vorzudringen“, erklärte Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, Ende vergangenen Jahres bei der offiziellen Vorstellung des Programms in Brüssel. (sas)

<http://www.berlinale.de/en/HomePage.html>

Mehr Geld für Europas Kreative: Unter dem Dach des Programms „Kreatives Europa“ will die EU-Kommission ab 2014 die seit 20 Jahren bestehenden Medien- und Kultur-Förderprogramme KULTUR, MEDIA und MEDIA Mundus bündeln. Mit der Zusammenführung soll das Budget für den Zeitraum 2014 bis 2020 um 37 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro erhöht werden.

Alein über 900 Millionen Euro sollen davon in die Kinobranche und audiovisuelle Medien fließen. Unter anderem will die Kommission 210 Millionen Euro als Garantien bereitstellen, um kleinen Akteuren zu Bankdarlehen im Gesamtwert von bis zu einer Milliarde Euro zu verhelfen. Mehr Informationen gibt es direkt auf der Berlinale beim MEDIA Info Day am 13. Februar oder im Internet.

www.mediadesk.de

Europäisches Jahr für Solidarität zwischen den Generationen

Gesund und aktiv älter werden

Ab 2012 wird in Europa die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abnehmen. Die Zahl der über 60-Jährigen wird dagegen um etwa zwei Millionen steigen, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen müssen in Zukunft zunehmend von älteren Menschen bewältigt werden. Vielfach ist dies der Bevölkerung nicht bewusst, die Potenziale älterer Mitbürger werden oft nicht angemessen wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund hatte die EU-Kommission vorgeschlagen, das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ auszurufen.

Zum Auftakt des Europäischen Jahres in Deutschland diskutierten Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis diese Woche in Berlin, wie im Rentenalter der Zugewinn an freier Zeit genutzt werden kann, um aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Gefördert werden soll selbstständiges und vor allem selbstbestimmtes Altern, ohne soziale Ausgrenzung oder Vereinsamung. Viele Menschen verbinden mit dem Alter oft Gebrechlichkeit. „Doch die meisten älteren Menschen sind heute gesund und fit und voller Tatendrang“, sagte Bundesfamilienministern Kristina Schröder bei der Auftaktveranstaltung in Berlin. Schröder betonte, dass gerade die Älteren mit ihrer reichen Lebenserfahrung gebraucht werden.

Viele wollen im Alter arbeiten

Der jüngsten Eurobarometerumfrage zufolge meinen mehr als 60 Prozent der Befragten, man sollte auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterarbeiten dürfen, und ein Drittel der Befragten erklärt, selbst gern länger arbeiten zu wollen. „Die Umfrage zeigt, dass die Menschen bereit sind, im Alter aktiv zu bleiben. Ich bin zuversichtlich, dass das Europäische Jahr als Katalysator wirken wird, um Entscheidungsträger zu mobilisieren, Aktivität im Alter zu fördern“, erklärte dazu der Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration, Lázló Andor.



Laut einer Befragung möchten viele Arbeitnehmer auch im Rentenalter weiterarbeiten dürfen

Das Europäische Jahr 2012 will eine Kultur des aktiven Alterns fördern. Die Mitgliedstaaten, ihre regionalen Behörden und die Wirtschaft sollen mehr unternehmen, um das Potenzial der Menschen über 60 Jahre zu mobilisieren und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern.

Europa altert am meisten

Europa altert. Während im Jahr 2007 nur 16 Prozent der europäischen Bevölkerung über 65 Jahre alt waren, wird sich der Anteil dieser Altersgruppe einer Prognose der Vereinten Nationen zufolge bis 2050 auf 28 Prozent erhöhen. Dieser Prozentsatz ist weltweit der höchste. Auch wenn die Bevölkerung in Europa derzeit noch zunimmt, stehen die Zeichen auf Schwund, heißt es vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Die meisten europäischen Länder kümmern sich aber mittlerweile um die Probleme, die der demografischen Wandel mit sich bringt. Die EU hat mit der Europa 2020-Strategie die Ziele vorgegeben: mehr Bildung, mehr Innovation, mehr Nachhaltigkeit. Werden diese Ziele erreicht, dann – so die Überzeugung der EU – ist ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives“ Wachstum gesichert, und der Union gelingt der Übergang zu einer Wirtschaftsweise, die Ressourcen schont, auf Wissen und Innovation gründet, wettbewerbsfähig und sozial ist und viele Arbeitsplätze sichert.

Zusammenhalt zwischen Jung und Alt

„In Deutschland sieht man die älteren Menschen auch als wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben“, berichtete Robert Anderson von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf der Berliner Veranstaltung. Darüber hinaus engagierten sich Ältere aufgrund ihrer verfügbaren Zeit oft ehrenamtlich. „Der Zusammenhalt zwischen Jung und Alt ist bereits da und er wächst auch“, sagte Gertrud Schäffler-Krone, Vorsitzende beim Seniorenverband BRH.

In Deutschland vertiefen 46 Projekte die Schwerpunkte des Europäischen Jahres. Die Projekte widmen sich der Teilhabe älterer Menschen in Arbeitswelt und Zivilgesellschaft, dem Abbau altersbezogener Klischees, der Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen, der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf und der Generationensolidarität.

Informationen zu Terminen, Projekten und Anlaufstellen gibt es auf der Webseite des Europäischen Jahres. (ves)

www.ej2012.de

Regionale Kohäsionspolitik

Für Arbeit und Wachstum in den Regionen

Noch nie haben die Mitgliedstaaten so viel Unterstützung aus den Kohäsionsfonds erhalten wie 2011. Im vergangenen Jahr wurden sie mit einer Rekordsumme von 32,9 Milliarden Euro gefördert, das waren rund acht Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Seit vielen Jahren unterstützt die EU mit der so genannten Kohäsionspolitik ihre Mitgliedstaaten auf dem Weg zu stetigem Wachstum und damit zu dauerhaftem Wohlstand.

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik, erklärte in Brüssel: „Die Strukturfondsmittel sind Wachstumsmittel. Ziel ist es, intelligent in eine langfristige Wirtschaftsentwicklung zu investieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.“ Für Kommissar Hahn belegen die Zahlen für 2011, dass Europa auf dem richtigen Weg ist und dass die politischen Strategien immer besser umgesetzt werden.

Deutschland ist eines der größten Empfängerländer im Rahmen der Kohäsionspolitik. Aus dem Europäischen Fonds für Entwicklung (EFRE) werden beispielsweise

intelligenten und nachhaltigen öffentlichen Personennahverkehr in Bielefeld sind zwei von unzähligen Beispielen, die durch die Kohäsionspolitik erst möglich geworden sind.

Ein touristisches ...

Der Kaltwassergeysir in Andernach (Rheinland-Pfalz) wurde mit Hilfe europäischer Fördermittel reaktiviert. Seitdem ist er weltweit einsame Spitze und hat sogar einen Eintrag ins Guinness Buch der Rekorde geschafft. Hinter der Förderung des Geysirs steckt aber viel mehr als dieser Rekord. Die Naturattraktion dient als Zugpferd für den Tourismus, sie ist eine geopolitische Sehenswürdigkeit mit überregionaler Bedeutung. Für Andernach und das Mittelrheintal bedeutet der Geysir eine erhebliche Aufwertung aus touristischer Sicht. Das aber zieht mehr Besucher, mehr Umsätze und schließlich mehr Arbeitsplätze nach sich. 2,6 Millionen Euro Fördermittel flossen 2008 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in dieses Projekt.

... und ein Nahverkehrs-Vorzeigeprojekt

Bielefeld in Nordrhein-Westfalen kommt gemeinsam mit acht anderen Städten und Regionen aus Nordwesteuropa in den Genuss einer finanziellen Unterstützung im Rahmen der Kohäsionspolitik. Das Ziel: die Lebensqualität durch einen nachhaltigen und umweltfreundlichen Verkehr zu verbessern. Das Projekt war auf drei Jahre angelegt, und das Hauptaugenmerk lag auf einem besseren öffentlichen Personennahverkehr. Besser hieß dabei, umweltfreundliche Verkehrsmittel zu fördern und die Verkehrsplanung zu vernetzen. Mit 15 Millionen Euro woll-



Ein sprudelndes Vorzeigeprojekt: Der Geysir von Andernach

ten die eng zusammenarbeitenden neun Regionen und Städte ihr gestecktes Ziel erreichen. Bei dem 2011 abgeschlossenen Projekt ging es auch darum, intelligente Fahrkartensysteme zu installieren – so zum Beispiel den Kartenkauf über das Handy. Aber auch eine Marketingstrategie war gefragt, mit der man Autofahrer überzeugen kann, dass der ÖPNV nützlich und eine echte Alternative zum Auto ist.

Diese Beispiele sind nur zwei aus einer langen Liste allein in Deutschland geförderter Projekte. So unterschiedlich sie in ihrer Art sein mögen, haben sie doch immer ein gemeinsames Ziel: das Wachstum in wichtigen Branchen der Wirtschaft der EU zu ermöglichen, die richtigen Bedingungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen und den europäischen Binnenmarkt weiterzuentwickeln. (alo)

http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Kohäsionsfonds sind die Instrumente der europäischen Kohäsionspolitik. Ihr Ziel ist es, Wachstum und Beschäftigung innerhalb der Europäischen Union zu fördern.

se Gelder für Firmenansiedlungen, neue Forschungszentren, Tourismus- und Umweltschutzprojekte, die ländliche Entwicklung, bessere Bahnlinien und Straßen sowie die Renovierung von Kindergärten und Schulen zur Verfügung gestellt.

Zwei gute Beispiele

Kohäsionspolitik, das ist ein abstrakter Begriff, und fast 33 Milliarden Euro, das ist eine abstrakte, kaum greifbare Zahl. Was genau steckt dahinter? Die Renaturierung des Kaltwassergeysirs in Andernach und ein Projekt für einen

Datum	Thema	Ort	Kontakt
10.02.2012 11.00–13.30 Uhr	Konferenz „Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft – Muss jetzt der EU-Gesetzgeber eingreifen?“ u.a. mit: Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft Veranstalter: EVP Fraktion im Europäischen Parlament	Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung Tiergartenstraße 35 10785 Berlin	www.dorispack.de
14.02.2012 18.00–21.00 Uhr	Podiumsdiskussion „Krisenmanagement in der Eurozone“ Veranstalter: Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integration	Europäisches Haus Berlin Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.fu-berlin.de/jmce
14.02.2012 09.30–14.00 Uhr	Informationsveranstaltung Das EU-Programm „Unterstützungsprogramm für die IKT-Politik der EU“ – Programmschwerpunkte sowie Hinweise zur Einreichung von Projektvorschlägen Veranstalter: IHK für München und Oberbayern	IHK-Akademie München Orleansstraße 10–12 81669 München	http://akademie.muenchen.ihk.de/akademie/vdbd/Veranstaltung-zu-EU-Foerderung-Unterstützungsprogramm-fuer-die-IKT-Politik-/00m-0001a7-000
15.02.2012 19.00–21.00 Uhr	Podiumsdiskussion „Mehr Europa wagen. Eine Intervention“ Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Institut Français Berlin	Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstraße 8 10117 Berlin	www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=10939
16.–17.02.2012 11.00–17.00 Uhr	Konferenz „Zukunft der EU: Zug- und Gegenkräfte der Europäischen Integration“ Veranstalter: Arbeitskreis Europäische Integration e. V.	Schloss Genshagen Im Schloss 14974 Genshagen	www.stiftung-genshagen.de
20.02.2012 10.00 Uhr	Seminar „EU-Fördermittel-Salon“ – Kostenfreie Infoveranstaltung zum Thema europäische Förderung Veranstalter: emcra - europa aktiv nutzen	COMFactory, Seminarraum 212 Hohenzollerndamm 152 14199 Berlin	www.emcra.eu
23.02.2012 17.00 Uhr	Nürnberger Rathausgespräche zu Europa „Die Bedeutung der EU vor Ort“ – Festakt anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des EUROPE Direct-Informationszentrums Nürnberg, Podiumsdiskussion zum Thema „Die EU vor Ort“ Veranstalter: Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg	Historischer Rathaussaal Rathausplatz 2 90403 Nürnberg	www.nuernberg.de/internet/eu_buero/
23.02.2012 17.00 Uhr	Podiumsdiskussion „Aktives Alter und Solidarität zwischen den Generationen“ – anlässlich des Europäischen Jahres 2012: Aktives Alter und Solidarität der Generationen Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Erfurt	Evangelisches Augustinerkloster zu Erfurt Augustinerstraße 10 99084 Erfurt	www.kas.de/wf/de/17.49073/
24.02.2012 10.30–16.30 Uhr	Experten-Workshop „Europäische Ratingagentur“ – Veranstaltung ist kostenpflichtig! Veranstalter: LIBERTAS Europäisches Institut GmbH	NOVOTEL Niederrad Hahnstraße 9 60528 Frankfurt am Main	www.libertas-institut.eu/

Impressum

Herausgeber:



Vertretung in Deutschland

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstraße 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Carsten Lietz, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Vera Schrader, Armin Kalbfleisch, Christian Baumgart
Dow Jones News GmbH • Baseler Arkaden • Wilhelm-Leuschner-Straße 78
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@dowjones.com

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

25 Jahre Erasmus: Millionen Studenten haben schon EU-Austauschprogramm genutzt



Knapp drei Millionen Studenten und Hochschulangehörige haben in den vergangenen 25 Jahren das EU-Austauschprogramm Erasmus genutzt. Waren es 1987 im Anfangsjahr 3.244, so erhalten im laufenden akademischen Jahr bereits über 250.000 eine EU-Förderung für einen Auslandsaufenthalt. Die beliebtesten Staaten sind Spanien, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Deutschland und Italien. Immer beliebter werden auch Erasmus-Arbeitsaufenthalte in ausländischen Unternehmen, die seit 2007 finanziell unterstützt werden.

An dem weltweit erfolgreichsten Austauschprogramm beteiligen sich inzwischen 33 Länder - außer den 27 EU-Staaten Kroatien, Island, Norwegen, Liechtenstein, die Schweiz und die Türkei. Ab 2014 sollen die sieben EU-Programme für Bildung, Jugend und Sport unter „Erasmus für alle“ zusammengefasst werden. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass dann bis zu fünf Millionen Menschen im Ausland studieren, lehren oder eine Schulung absolvieren können. Der Vorschlag wird derzeit im Rahmen der Haushaltsberatungen von Rat und Europäischem Parlament diskutiert.

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-programme/doc80_de.htm

„Jvenes Translatores“: Europaweit über 3.000 Schulen beteiligt

Der jährlich stattfindende Schülerwettbewerb „Jvenes Translatores“ („Junge Übersetzer“) erfreut sich wachsender Beliebtheit. Der Wettbewerb richtet sich an 17-jährige Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen. Die Jugendlichen sollen einen Text aus einer der 23 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen, wobei sie die Kombination frei wählen können. Die 17-jährige Sara Kredel vom Goethe-Gymnasium in Bensheim (Hessen) ist in diesem Jahr die deutsche Gewinnerin. Sie beeindruckte die Jury mit einer Übersetzung vom Ungarischen ins Deutsche. EU-weit nahmen über 3.000 Schulen teil. Androulla Vassiliou, Kommissarin für Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit, sagte: „Durch diesen Wettbewerb werden die Schülerinnen und Schüler ermutigt, sich intensiver mit Fremdsprachen zu beschäftigen und sich zu überlegen, ob sie ihre Sprachkenntnisse später im Berufsleben nutzen könnten.“



http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm

Europa literarisch: Clare Azzopardi aus Malta



In der Reihe „Europa literarisch“ wird am 28. Februar ab 18.00 Uhr Literatur aus Malta vorgestellt: Clare Azzopardi liest aus der Kurzgeschichtensammlung „Il-Linja I-Hadra“ den Text „Versunken“, der von Martina Reinecke übersetzt wurde. Der Abend wird von Dr. Thomas Wohlfahrt, dem Leiter der Literaturwerkstatt Berlin, moderiert und findet in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission statt. Die Veranstaltung findet im Europäischen Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin statt. Die Teilnahme ist nur nach Anmeldung möglich.

comm-rep-ber-anmeldung@ec.europa.eu

Ausstellung: „Picasso meets Einstein“

3-D-Röntgenbilder von Fossilien werden zu einem Ölgemälde, Moleküle und Photone zu einer Skulptur, Forschungsarbeit zu Mosaiken. Wo die gemeinsamen Wurzeln von Wissenschaft und Kunst liegen, zeigt die Ausstellung „Picasso meets Einstein“ vom 7. Februar bis 30. März in Berlin.



Vier junge europäische Künstler aus der Tschechischen Republik, Schweden und Portugal haben Wissenschaftler im Europäischen Synchrotronstrahlungsforschungszentrum ESRF in Grenoble begleitet und dort ihre Kunstwerke geschaffen.

Ort: Europa-Punkt im Europäischen Haus in Berlin, Unter den Linden 78, 10117 Berlin